

bedacht würden, so bin ich doch der Deputation dankbar für die immerhin wohlwollende Behandlung, die sie im allgemeinen den beiden Petitionen hat zutheil werden lassen. Ich nehme an, daß die Zensur: „zur Zeit auf sich beruhen zu lassen“ einer schwachen Kenntnißnahme gleich sein dürfte. Ich denke, daß sich dabei wohl auch der von mir vertretene Ort Rathen mit den anderen Ortschaften beruhigen wird. Schon seit 21 Jahren, meine Herren, petiren die Ortschaften des rechten Elbuferes von der böhmischen Grenze herab bis Copitz um eine Verbindungsstraße, theils einzelne Ortschaften, theils Orte gemeinschaftlich, theils insgesammt, um eine Straße auf dem rechten Elbufer, leider aber bis jetzt ohne Erfolg. Ich hoffe und erwarte, daß die beiden Petitionen wohl dazu beitragen werden, daß wenigstens ein Anfang mit dem Straßenbaue gemacht wird, daß zunächst von Copitz aus bis Wehlen-Rathen eine Straße hergestellt wird. Wie nothwendig eine Straße dort ist, das hat man seit 20 oder mindestens 15 Jahren durch viele Petitionen und durch Reden in der Kammer dargelegt. Es sind die mißlichen Verkehrsverhältnisse u. dergl. geschildert worden. Die Elbe selbst ist zum Transport allein wohl nicht mehr ausreichend, denn man will schneller und öfter befördern können und befördert werden. Auch können Möbel und sonstige Sachen zu gewissen Zeiten gar nicht transportirt werden, weil die Elbe insbesondere zur Winterszeit nicht fahrbar ist. Ein bedeutender Verkehr würde sich gewiß von Copitz herauf bis Wehlen-Rathen entfalten, und die dortigen Ortschaften, die jetzt bedeutend im Rückgange sind, würden wieder aufblühen und sich heben. Ich erwarte, daß die Verhandlungen der Königl. Staatsregierung mit den Steinbruchsinhabern einen günstigen Abschluß bezüglich der Unterführungsbauten finden werden und daß sich dadurch der Kostenanschlag von 550,000 M., den ich allerdings auch sehr hoch finde, um ein Bedeutendes vermindern wird. Ich erwarte auch weiter, daß die Königl. Staatsregierung wohl nicht ganz so fest stehen wird auf der anfangs im Berichte ausgesprochenen Bedingung, daß nur die Gemeinden die Straßen zu unterhalten haben. Es werden doch überall Ausnahmen gemacht, und so meine ich, daß man doch ärmere Gemeinden möglichst unterstützen und die Unterhaltung übernehmen sollte. Hier liegt beispielsweise der Fall vor mit den armen Gemeinden Posta, Zeichen und Rathen. Diese würden wohl kaum den vollen Betrag zur Unterhaltung beitragen können. Da einmal, wie aus dem Eisenbahnpetitionensberichte zu ersehen ist, in den nächsten Jahrzehnten ein rechter Elbuferbahnbau kaum zur

Ausführung gelangen oder überhaupt nicht ausgeführt werden wird, erwarte ich, daß wenigstens hier mit dem Straßenbaue ein Anfang gemacht wird, damit die Bewohner rechts der Elbe etwas befriedigt werden, und ich hoffe, daß sich die Königl. Staatsregierung der Angelegenheit eingehend hingeben wird, um endlich zu einem befriedigenden Abschlusse zu gelangen. Das ist die allgemeine Hoffnung der Gegend, die ich hier ausgesprochen habe.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Dr. Spieß.

Abg. Dr. Spieß: Meine Herren! Wenn der Herr Vorredner der geehrten Deputation für die wohlwollende Behandlung der beiden vorliegenden Petitionen seinen Dank ausgesprochen hat, so kann ich mich dem anschließen. Aber ich bedauere, die Bemerkung nicht unterdrücken zu können, daß die Freude, die an sich die Petenten über das Votum auf Kenntnißnahme haben könnten, doch erheblich getrübt wird durch die Kühle, mit welcher die Königl. Staatsregierung die Petition für die Straße Copitz-Wehlen zur Kenntniß zu nehmen sich bereit erklärt hat. Wenn in der Erklärung der Königl. Staatsregierung zum Ausdruck gekommen ist, sie sei bereit, die Petition zur Kenntniß zu nehmen in dem Sinne, daß sich die Steinbruchbesitzer bereit finden lassen würden, die Unterführung der Schleifen auf eigene Kosten herzustellen, und daß sich der Bezirk entschliesse, die Unterhaltung der Straße zu übernehmen, so klingt das an sich, meine Herren, sehr hoffnungsvoll. Ich will auch wünschen, daß sich die Verhandlungen mit den Steinbruchbesitzern in gute Wege leiten lassen, und hoffe dies, da die Steinbruchbesitzer ein wesentliches Interesse daran haben, daß die Straße gebaut wird. Ich hoffe auch, daß sich der Bezirk entschließen wird, zur Unterhaltung der Straße beizutragen. Aber ich verhehle nicht, meine Herren, daß unter den Steinbruchbesitzern einige sein können, die die Kosten der Unterführung nicht werden aufbringen können, und ich verhehle mir weiter nicht, daß der Bezirk jedenfalls nicht in der Lage sein wird, die ganze Unterhaltung der Straße auf den Strecken, auf denen sie armen Gemeinden zur Last fällt, allein zu übernehmen.

Und so, meine Herren, wird meiner Ansicht nach die Kühle der Kenntnißnahme noch um einige Grad herabgedrückt, wenn man das Prinzip ansieht, welches an der Spitze des Berichts zum Ausdruck gebracht worden ist. Der Herr Vorredner hat eben ausgesprochen, er hoffe, daß die Königl. Staatsregierung dieses Prinzip nicht unter allen Umständen aufrecht erhalten wird. Meine Herren! Nach demjenigen, was bereits im letzten